

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927

11.7.1927 (No. 158)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postkonton:
Karlsruhe
Nr. 2515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Mend,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM, einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstag 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholung tarifierter Abat, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Angelegen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Konkursverfahren fällt der Inhalt der Zeitung verfallen, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelche Verunstaltungen übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfuß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralsanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Amtlicher Teil

Die Lage des Arbeitsmarktes in Baden für die Zeit vom 30. Juni bis 6. Juli 1927

(Mitgeteilt vom Landesamt für Arbeitsvermittlung.)
Die Gestaltung der Arbeitsmarktlage in der Berichtszeit (30. Juni bis 6. Juli) charakterisiert sich durch eine weitere Abnahme der Zahl der Erwerbslosenunterstützungsempfänger — diesmal von 19 546 um 875 auf 18 670 wie derjenigen der Arbeitslosenunterstützungsempfänger (Verringerung von 6940 um 184 auf 6756). Im einzelnen ergibt sich folgendes Bild:

In Landwirtschaft wie Industrie der Steine und Erden machte sich fernerhin Kräfteangel fühlbar.

Ebenso benötigten Metallverarbeitung und Maschinenindustrie Fachkräfte aller Art. Unter dem Einfluß der günstigeren Beschäftigungsverhältnisse in den verschiedenen Industriezweigen dieser Berufsgruppen kehren Metallarbeiter, Gelehrte berufstätige Arbeit ausgeübt hatten, wieder zur beruflichen Arbeit zurück. Die Schwarzwalder Maschinenindustrie ist zum beschäftigt, die Vermittlungstätigkeit für die Bergbauindustrie Schwundwarenfabrikation hält an. — Wie die Industrie, zeigt auch das Handwerk (vornehmlich das vom Baugewerbe abhängige Kleingewerbe, wie Bauwerkerei, Tischlerei und Klempnerarbeiten) gesteigerten Arbeitsbedarf. Dieser blieb im großen und ganzen auch im Spinnstoffgewerbe unberührt.

Die Inanspruchnahme der Arbeitsvermittlung von Seiten der Lederindustrie und im allgemeinen auch von Seiten des Holz- und Schnitzstoffgewerbes befriedigte. Innerhalb des letzteren arbeitet zur Zeit auch die Wiesentaler Bürstenindustrie wieder mit ziemlich vollen Beständen.

Demgegenüber hat sich im Bekleidungsgebiete nach Schluß der Saison das Angebot Stellenfuchender, insbesondere weiblicher Fachkräfte vermehrt.

Im Genussmittelgewerbe machte sich innerhalb der Zigarrenindustrie trotz charakteristischer Schwankungen im einzelnen weiterhin ziemlich rege Nachfrage nach Fachkräften bemerkbar. Die Kurzarbeiterziffer im Tabakgewerbe ist schwach — von 3016 um 94 auf 3110 — gestiegen.

Im Baugewerbe hielt die Nachfrage nach Facharbeitern — insbesondere diejenige nach Maurern — ziemlich unvermindert an, zum Teil steigerte sie sich noch.

Im Verkehrsgewerbe konnten Transport- und Lagerarbeiter unterkommen.

Das Vermittlungsgeschäft der gewirtschaftlichen Fachabteilungen der Arbeitsämter blieb weiterhin lebhaft.

Die deutsch-französischen Verhandlungen über das Handelsabkommen

Sobald zufolge eilen die Berichte der Morgenpresse, daß der Montag eine Entscheidung über die deutsch-französischen Handelsabkommen bringen werde, den Ereignissen voraus. Es kann jedoch gesagt werden, daß die Verhandlungen fortgehen werden und daß die Hoffnung besteht, in den nächsten Tagen zu einem Ergebnis zu gelangen. Alle weitergehenden Nachrichten der französischen Presse, besonders die, daß es sich bei dem zur Beratung stehenden Projekt um ein Abkommen von drei Monaten handle, sind falsch. Die Verhandlungen werden vielmehr geführt im Hinblick auf eine umfassende möglichst langfristige Regelung der deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen.

Die Verhandlungen von Vertretern der bayer. Staatsregierung mit dem Reichsfinanzminister

Die Verhandlungen von Vertretern der bayerischen Staatsregierung mit dem Reichsfinanzminister Dr. Köhler haben, wie die „Germania“ mitteilen zu können glaubt, den Willen zu weitgehender Verständigung seitens der bayerischen Staatsregierung gezeigt. Während der Besprechungen mit dem Reichsfinanzminister ergab sich, daß die bayerische Regierung von den Änderungen im ursprünglichen Entwurf des Steuervereinfachungsgesetzes (Reichsrahmengesetz), die in den letzten Wochen auf Grund von Verhandlungen mit Preußen vorgenommen wurden, keine Kenntnis hatte. Darauf wird auch wohl die scharfe Erklärung des bayerischen Finanzministers Dr. Schmölze in seiner Antrittsrede im bayerischen Landtag zurückzuführen sein. Die zweitägigen Verhandlungen haben, wie das Blatt weiter hört, eine Grundlage geschaffen, auf der das Reichsministerium sich in den nächsten Tagen zur Verabschiedung eines Entwurfes eines Reichsrahmengesetzes entschließen dürfte. Selbstverständlich bleiben es den Ländern überlassen, bei Beratung der Vorlage im Reichstag etwaige weitergehende Änderungen zu beantragen.

Admiral Koch ertrunken. Am Samstag Abend ist Admiral Koch aus Neudorf an der Ostsee beim Baden ertrunken. Der Admiral ist von seiner Teilnahme an der Flageralschlacht und anderen Seeschlachten des Weltkrieges bekannt.

Aufgaben der Waisenpflege

Nach langen Kriegsjahren pflegt die Fürsorge der Allgemeinheit für ertotenlose Kinder an Bedeutung zu gewinnen. Man braucht nur daran zu denken, wie in Rußland die heimlosen Kinder, die z. T. noch heute allein oder in Banden umherziehen und von Raub und Diebstahl leben, um sich der ungeheuren Steigerung der Aufgaben der Waisenpflege durch den Krieg bewußt zu werden. Durch das Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt wird grundsätzlich jedem deutschen Kinde ein Recht auf Erziehung zur leiblichen, seelischen und gesellschaftlichen Tätigkeit gegeben. Aber das ist zunächst nur ein theoretisches Recht, dessen Bedeutung davon abhängt, in welchem Umfang die Volksgemeinschaft die notwendigen Mittel zur Verwirklichung dieses Rechtes auf Erziehung herbeizuschaffen vermag. In erster Linie richtet sich dieser Rechtsanspruch natürlich an die Eltern jedes Kindes; nur für die ertotenlosen Kinder tritt ausnahmsweise die Allgemeinheit an die Stelle der Eltern.

Das Reich legt das Recht des Kindes auf eine Erziehung zum tüchtigen Mitgliede der menschlichen Gesellschaft theoretisch fest und überläßt die praktische Durchführung den Gemeindeverwaltungen, die ja die eigentlichen Träger der persönlichen sozialen Fürsorge sind. Man hatte nach Erlass des Jugendwohlfahrtsgesetzes eigentlich erwartet, daß das Reich zur Durchführung dieses Gesetzes Zuschüsse über die Länder an die Gemeinden leisten werde, denn wer neue erweiterte Pflichten auferlegt, muß eigentlich auch etwas für die Kostenbedeckung tun. Das ist leider nicht geschehen, und so bleibt den Fürsorgebehörden, denen die gesamte Fürsorge für hilfsbedürftige Minderjährige, also für die Friedenswaisen ebenso wie für die Kriegswaisen übertragen worden ist, die schwierige Aufgabe, mit beschränkten Mitteln die notwendigen Maßnahmen durchzuführen, die als eine befriedigende Erfüllung der vom Reich als Gesetzgeber gemachten weitgehenden Versprechungen angesehen werden können.

Es bedeutet in organisatorischer Hinsicht zweifellos einen großen Fortschritt, zugleich aber auch eine sehr wesentliche Ersparnis an Verwaltungskosten, daß man für die Kriegswaisenfürsorge keine besonderen Wohlfahrtsorganisationen schuf, sondern sie den gleichen kommunalen Stellen und sogar denselben Fürsorgebeamten übertrug, die auch im übrigen die Sorge für Waisen und andere unterstützungsbedürftige Minderjährige in der Hand haben. Man hat also aus früheren schlechten Erfahrungen mit der Errichtung von kostspieligen Sonderbehörden gelernt, und bei der Kriegswaisenfürsorge diesen Fehler vermieden.

Auf der anderen Seite ist es natürlich klar, daß die Pflichten der Kriegswaisenfürsorge nicht ohne weiteres sich mit den Aufgaben der allgemeinen Waisenfürsorge decken. Das deutsche Volk schuldet den Kriegswaisen besonderen Dank und damit auch besondere Leistungen. Das ist einer der zahlreichen Punkte, die man nicht vergessen darf, wenn heute in der Öffentlichkeit so viel und so beweglich über die Erhöhung der sozialen Lasten und der Steuerlasten geklagt wird. Diese Klagen sind ohne Zweifel sehr berechtigt, aber sie sind falsch begründet, wenn man einfach die heutigen Zahlen für die sozialen Fürsorgeausgaben mit denen der Vorkriegszeit vergleicht und dann die Forderung erhebt, daß diese Ausgaben auf das Vorkriegsniveau zurückgeschraubt werden sollen. Das ist unmöglich, weil zwischen der normalen Vorkriegszeit und der Gegenwart eben der furchtbare mehr als vierjährige Krieg liegt, der auf fast allen Gebieten erhöhte Bedürftigkeit und vermehrte Not geschaffen hat.

Wenn man heute die Tätigkeit der Fürsorgeverbände auf dem Gebiete der Kriegswaisenfürsorge überblickt, so muß man sagen, daß sie ihren Pflichten in den letzten Jahren in befriedigender, keineswegs aber etwa in übertriebener Weise nachgekommen sind. Vor allem kann man feststellen, daß mit den verfügbaren Mitteln fast immer die zweckmäßigsten Mittel ergriffen worden sind. Bevor der Anspruch des Waisenkindes auf öffentliche Waisenfürsorge in Anwendung kommt, müssen natürlich alle anderen Fürsorgeansprüche, z. B. gegen unterhaltspflichtige Verwandte, Dienstherren der Eltern, Krankenkassen, Berufsgenossenschaften, Versicherungsanstalten usw. erschöpft sein. Der Rechtsanspruch geht der Fürsorge voran, aber in der Verwirklichung derartiger Rechtsansprüche müssen die Fürsorgebehörden den Waisen helfend zur Seite stehen. Dabei ist es oft nötig, zunächst einmal mit der öffentlichen Fürsorge sofort einzugreifen, wenigstens solange, bis der Rechtsanspruch auf anderweitige Fürsorge hergestellt und in Kraft gesetzt worden ist. Daneben wird es auch in manchen Fällen gerade in der Waisenfürsorge möglich sein, hilfsbereite Verwandte des unterstützungsbedürftigen Kindes zu

finden, die sich seiner annehmen, so daß die öffentliche Fürsorge dann nur noch hilfsweise tätig zu sein braucht. Jede derartige Entlastung macht nicht nur die Tätigkeit der Fürsorgebeamten und öffentliche Mittel für andere Kinder frei, sondern liegt häufig auch im Interesse des betreuten Kindes, da die Verwandtenhilfe in der Regel weitgehender und besser sein wird als die der öffentlichen Fürsorge. Deren Regelleistungen müssen natürlich jedem Kinde unter allen Umständen gesichert bleiben.

Viel umstritten ist die Frage, ob häusliche Erziehung bei Privat- oder Unterbringung in Anstalten für die Erziehung von Waisenkinder zu bevorzugen ist. Man wird hier aber keine allgemeinen Grundsätze aufstellen können. Halbweisen, deren Mutter noch lebt, müssen selbstverständlich immer dann in der mütterlichen Erziehung gelassen werden, wenn diese den notwendigen Anforderungen genügt. Sie wird in diesen Fällen durch entsprechende Zuschüsse der öffentlichen Fürsorge an die Mutter ermöglicht werden müssen. Für Kriegswaisen und Kriegswaisinnen besteht ausdrücklich die Vorschrift, daß den Witwen die Fortführung ihres Haushalts sowie die Erziehung und Ausbildung ihrer Kinder zunächst ermöglicht werden soll. Das bedeutet, daß die Erwerbstätigkeit von Kriegswaisen durch Gewährung von öffentlichen Mitteln soweit eingeschränkt oder entbehrlich gemacht werden soll, wie das erforderlich ist, um ihnen die häusliche Erziehung der Kinder zu ermöglichen. Die gleichen Grundsätze müssen nach Möglichkeit auch auf andere Halbweisen angewendet werden. Besondere Gesichtspunkte gelten für den Schulbesuch der Kriegswaisen. Berücksichtigt werden soll hinsichtlich ihrer Unterbringung in höheren Schulen einerseits die Anlage und Befähigung des Kindes, andererseits aber auch die soziale und wirtschaftliche Lage der Familie. Keinesfalls soll aber ein Kind, dessen Begabung nach dem Urteil der Schule nicht ausreichend ist, durch öffentliche Beihilfen der Besuch höherer Schulen ermöglicht werden. Bei Friedenswaisen wird man im allgemeinen ähnlich verfahren können. Hinsichtlich der Erziehung soll das Waisenkind aber nicht nur Mindestleistungen erhalten, sondern möglichst die gleichen Leistungen, die Eltern in gleicher sozialer Lage ihren Kindern angedeihen lassen.

Waisenkinder, die weder Vater noch Mutter haben, also Vollwaisen, können entweder in Familien oder in Anstalten untergebracht werden. Die Familienunterbringung hat den Vorzug, daß sie einen persönlicheren Charakter besitzt und dem Kinde daher die elterliche Erziehung in vielen Fällen besser zu ersetzen vermag. Sie hat aber manchmal große Nachteile, besonders den, daß das Pflegekind oft nicht genügend gegen Ausnützung geschützt ist. Es ist also bei der Familienpflege eine sehr sorgfältige Beaufsichtigung und Kontrolle durch die öffentlichen Fürsorgeorgane notwendig. Die Annahme von Pflegekindern ist heute schon von der Erlaubnis des zuständigen Jugendamts abhängig. Die Sozialbeamten mühen aber eine dauernde Aufsicht und Kontrolle über die in Familienpflegestellen untergebrachten Waisenkinder ausüben, auch über diejenigen, die von anderen Jugendämtern in ihrem Bezirk untergebracht sind. Ein Aufsichtsdienst sollte den Jugendämtern auch über die Anstalten zustehen, denen sie Waisenkinder zur Pflege übergeben. Die Anstaltspflege hat an sich den Vorzug, daß genügend pädagogisch vorgebildete Erzieher und Erzieherinnen mit großer Erfahrung vorhanden sind. Auch in gesundheitlicher Hinsicht sind die Kinder hier weit besser untergebracht. Aber die individuelle Entwicklung wird durch die Massenunterbringung nicht selten gehemmt. Am besten wird man im Einzelfalle, je nach dem Wesen und der Entwicklung des Kindes, darüber entscheiden, ob es in Familienpflege oder in einer Waisenanstalt untergebracht werden soll. Dazu gehört freilich eine genauere Beobachtung des Kindes durch den Jugendfürsorger, der über die Unterbringung entscheidet. Für die Unterbringung von Säuglingen kommt aus hygienischen Gründen in erster Linie die Unterbringung in einer guten Familienstelle in Frage.

Bei der Berufsausbildung der Waisenkinder ist die Handwerkslehre oder die kaufmännische Lehre zu bevorzugen, denn gelehrte Arbeit wird nicht nur besser entlohnt, sondern sichert auch mehr gegen Arbeitslosigkeit und ist außerdem in volkswirtschaftlicher Hinsicht wertvoller. Daneben ist die technische Ausbildung in Fach- und Gewerbeschulen zu empfehlen, für Mädchen natürlich auch die in Hauswirtschaftsschulen.

So bietet die Betreuung der Waisenkinder eine Reihe vielfältiger und oft schwieriger Aufgaben. Der öffentlich-rechtliche Anspruch auf Erziehung bildet nur die Grundlage und den Ausgangspunkt einer modernen, von sozialem Geist durchdrungenen kommunalen Waisenfürsorge. R. R.

Deutscher Reichstag

BR. Berlin, 9. Juli.

Auf der Tagesordnung steht die 8. Lesung der Zollvorlage.

In der Debatte betonte u. a. Abg. Dietrich-Baden (Dem.), das Ziel der Genfer Konferenz würde besser erreicht werden, wenn man durch Herabsetzung der Industriezölle einen Ausgleich mit den Agrarzölle suche, statt umgekehrt durch Erhöhung der Agrarzölle die Lösung zu suchen. Der Reichswirtschaftsminister habe offen zugegeben, daß die hohen Industriezölle die Produktionsbedingungen der Landwirtschaft verteuert haben. Die Erhöhung des Kartoffelzölles könne auch außenpolitisch verhängnisvolle Folgen haben. Auf die Dauer könne die Landwirtschaft nicht in Ordnung kommen, solange wir noch mit Frankreich und Polen wirtschaftlich im Kriegszustand leben. Es müsse ernstlich geprüft werden, ob wir nicht mit Österreich zu einer Zollunion kommen können.

Abg. Thomßen (D. Nat.) gab für die Regierungsparteien eine Erklärung ab, in der diese ihre Zustimmung zu den vorliegenden Gesetzentwürfen erklärt. Es wird die Erwartung ausgesprochen, daß die Vorarbeiten zur Schaffung eines neuen Zolltarifs ungehindert aufgenommen werden.

Unter Ablehnung aller Änderungsanträge wird die Zollvorlage in namentlicher Abstimmung mit 278 gegen 184 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen. Dagegen stimmten Sozialdemokraten, Demokraten, Kommunisten und der Abg. Dr. Wirth (Zentr.). Auch die Erhöhung des Zuckerszölles und die Ermäßigung der Zuckerversteuerung werden in dritter Beratung und in der Schlussabstimmung angenommen.

Hilfe für die Unwettergeschädigten. — Staatsbankrott. Präsident Lobe teilt mit, daß ein von allen Parteien mit Ausnahme der Kommunisten eingebrachter Antrag eingegangen sei, die Regierung wolle erwägen, ob zur Linderung der durch die Unwetterkatastrophe im Oberrheingebiet verursachten Notstände Reichshilfe notwendig ist. Jedenfalls wird die Regierung ermächtigt, die erforderlichen Mittel bereitzustellen.

Abg. Hörnle (Komm.) erklärt unter erregten Kundgebungen der Mehrheit, der Antrag sei Schwindel und Betrug. — Präsident Lobe schwingt die Glocke und versucht, den Redner zu unterbrechen, aber Abg. Hörnle schlägt mit den Fäusten auf das Rednerpult und versucht die Glocke zu überlöten. — Der Präsident hat mehrere Minuten ohne Unterbrechung geläutet. Im Hause herrscht Erregung und Lärm; gegen die Kommunisten werden Rufe laut. Als trotz des Läutens der Glocke Abg. Hörnle seine Rede fortsetzt, schließt der Präsident dadurch vorübergehend die Sitzung, daß er seinen Platz verläßt.

Nach 10 Minuten eröffnet Präsident Lobe die Sitzung wieder und teilt mit, daß er den Abg. Hörnle wegen seiner großen Beschimpfung des Reichstages aus dem Saal gewiesen habe.

Abg. Fuß (Komm.) empfiehlt einen kommunistischen Antrag, wonach das Reich den vollen Ersatz für die angegriffenen Schäden übernehmen und zehn Millionen bereitstellen soll. — Der kommunistische Antrag wird gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

Angenommen wird ein Antrag auf Weiterzahlung der Freifahrt für Saar- und Elsaßfahrer bis Ende des Jahres, ein Antrag des volkswirtschaftlichen Ausschusses zugunsten der Hoggensandbriefschuld. Weiter angenommen wird ein Antrag des Reichsausschusses auf Verlängerung des Notarats für Frischhof und Gemüse. Weiter wurde angenommen der abgeänderte Ansuchenantrag zur Kräfteverrechnung, bez. die wöchentliche Arbeitszeit auf 54 (statt 56) Stunden vorzuziehen. Das Haus vertagte sich daraufhin in die Sommerferien. Präsident Lobe wurde ermächtigt, den Reichstag zu einer kurzen Tagung auf den 28. September zusammenzuberufen.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages hat der von der Reichsregierung vorgeschlagenen Verteilung der Mittel für die bedrängten Grenzgebiete zugestimmt.

Die Dreimächtekonferenz. Das Exekutivkomitee der Dreimächtekonferenz befaßte sich in seiner letzten Sitzung noch mit der von der britischen Delegation aufgeworfenen Frage der Revision der Bestimmungen des Washingtoner Vertrages betreffend die Großkampfschiffe. Der Führer der amerikanischen Delegation, Gibson, und der Chef der japanischen Delegation Admiral Saito, erklärten, daß die Verhandlungen über diese Frage in Abwesenheit von Delegierten von Frankreich und Italien welche diesen Vertrag ebenfalls unterzeichnet hätten, nicht führen könnten. Sie seien jedoch damit einverstanden, daß unter den Vertretern der drei Mächte ein kurzer Meinungsaustausch über die Bedingungen für das Jahr 1931 vorgesehenen Revision stattfindet.

Badisches Landestheater

Das Nürnbergische Ei

Schauspiel in vier Akten von Walter Hasencamp

In Szene gesetzt von Ulrich von der Trend

Als letzte Erstaufführung brachte das Landestheater Walter Hasencamps „Nürnbergisches Ei“. Den Staub zweier Jahrzehnte, der auf diesem Ei ruht, konnte auch die sorgfältige Inszenierung nicht unsichtbar machen. Weder ein Prunkstück noch ein Jugendstück der kommenden Spielzeit wird dieses Ei werden. Daß am letzten Spielabend sämtliche Abonnenten ihre Karten noch vor dem Verfall rüttelten und das Theater füllten, sollte die Leitung des Landestheaters nicht zu dem Fehlschluß verleiten, das Ei Hasencamps sei das Ei des Nulldarums, um das Problem der Theaterfüllung zu lösen.

Walter Hasencamp ist ein kluger Kopf voll Witz und voll Kenntnis des Theaters. Die Komödienmacher verbannten ihn in seiner „Schule des Lustspiels“ die geistvollste Handwerkslehre. Sein „Nürnbergisches Ei“ hat mit seiner berben Opernpsychologie vor dem Kriege Theatererfolge erlebt, die heute nicht mehr erneuert werden können, selbst nicht wenn der langgezogene vierte Akt gestrichen würde. Warum also überhaupt die Mühe der Inszenierung? Lohnender wäre schon sein „Jahrmart zu Pulsnitz“.

Ulrich von der Trend suchte das „Ei“ zu retten durch eine frische Inszenierung im historischen Opernstil. Sein Bemühen sei dankbar anerkannt. Das Hauptinteresse konzentrierte sich auf die Darstellungsweise der einzelnen Schauspieler. Stefan Dahlen wußte den Peter Denlein, der sein Leben seinem Werke zum Opfer bringt, warm und sympathisch zu gestalten. Lenore Fein ließ uns in ihrer Rolle als Peters Frau Gv wiederum bedauern, daß die Künstlerin uns mit dem Ablauf der Spielzeit verläßt. Friedl Wüderl fand sich gleich mit der melancholischen Charitas ab. Wilhelm Graf als Gesell Apfelbaum zeigte sich frisch und lebendig. Paul Müller als Gesellenführer Guldenbed war von bewährter charakteristischer Komik; Friedrich Brüder als der berühmte Arzt Schedel würdig und menschlich. Eine köstliche Studie von Grotteskomanie gab Hermann Brand als Barbier Pratzvogel. Schließlich seien noch erwähnt Fritz Verz als Seefahrer Behaim und Marie Frauenborfer als Köchin Barbara. Prof. Dr. Karl Doll.

Der irische Justizminister O'Giggins ermordet

Drei Männer, die sich in einem Auto befanden, gaben auf den Justizminister des irischen Freistaates, O'Giggins, der mit seiner Gattin auf dem Wege zur Messe nach Boerston in der Nähe von Dublin war, mehrere Schüsse ab. Der Minister wurde von drei Kugeln in den Leib getroffen und von einer vierten am Kopf verletzt. Kurze Zeit darauf erlag er seinen Verletzungen.

O'Giggins war feierlich während der irischen Unruhen verhaftet und eingesperrt worden. De Valera ernannte ihn zum Assistenten Cosgraves. O'Giggins zog sich aber die Feindschaft der Sinnfeiner zu, als er im Jahre 1921 die Unterzeichnung des englisch-irischen Vertrages befürwortete. Im Jahre 1922 ist sein Vater ermordet worden. „Daily Express“ erinnert daran, daß während der Zeit, in der O'Giggins Justizminister war, nicht weniger als 77 Auffständische hingerichtet wurden.

Kurze Nachrichten

Die amtliche Großhandelsindexziffer vom 6. Juli. Die auf den Stichtag des 6. Juli berechnete amtliche Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamtes ist gegenüber der Vorwoche um 0,8 Proz. auf 137,1 (137,9) zurückgegangen.

Die zerstörten Unterstände. Nach einer amtlichen Meldung hat die Besichtigung der zerstörten Unterstände an der deutschen Ostgrenze am 8. Juli ihr Ende gefunden. Es wurde festgestellt, daß die Zerstörung der Unterstände vollständig durchgeführt worden ist.

Geheimer Baurat Bergmann, Generaldirektor der Bergmann-Elektrizitätsgesellschaft, ist gestorben.

Die deutsche Kunstfliegerin Lea Rasche, die in Croden landete, wurde vom deutschen Postkapitän Eshamer empfangen.

Hypothekendarlehen der deutschen Rentenbankkreditanstalt. Der Nachrichten dienst der deutschen Rentenbankkreditanstalt teilt mit: Die Verhandlungen zwischen der Deutschen Rentenbankkreditanstalt und der National City Co. über eine neue Prozente Hypothekendarlehen in Höhe von 30 Millionen Dollars ist zum Abschluß gelangt. Die Anleihe wird am Montag, den 11. d. J. in Neuyork zur Zeichnung aufgelegt werden. Vereinbarungsgemäß können die Einzelheiten des Abflusses erst dann von der Rentenbankkreditanstalt veröffentlicht werden.

Ein deutscher Resident in der tschechoslowakischen politischen Landesverwaltung. Wie eine Korrespondenz erfährt, wurde der Vorstand der 1. Abteilung des Prager deutschen Landes-Schulrats Ministerialrat Prof. Waldeck, zum Residenten der politischen Landesverwaltung in Prag ernannt. Die politische Landesverwaltung wird von einem Präsidenten geleitet, dem zwei Vizepräsidenten und vier Residenten zur Seite stehen. Die Aufgabe und die Wirkung eines Residenten entspricht dem eines Sektionschefs im Ministerium.

Die Deutsche Zentralbücherei für Blinde zu Leipzig im Jahre 1926. Der Verein zur Förderung dieser Bücherei gibt in seinem neuesten Jahresbericht eine anschauliche Schilderung von der Tätigkeit der Leipziger Zentralbücherei und der folgenden mit dieser verbundenen Einrichtungen: Auskunftsstelle und Archiv; Blindendruckerei; Werkstatt. Die große Bedeutung dieser Bücherei beweist schon die Tatsache, daß im Jahre 1926 nicht weniger als 52 000 Bände gratis an Blinde im Reich und im Ausland verliehen wurden. Nur ein Drittel dieser Bände gehörten der schönen Literatur an; die anderen verteilten sich auf alle Wissenschaften und die Musik. Die Leitung ist mit Erfolg bestrebt, praktische Neuerungen auf dem Gebiet des Blindenwesens einzuführen und verfügt über eine Reihe eigener Konstruktionen von Hilfsmitteln und Maschinen.

Karbidexplosion infolge Blütschlag. In einer Zahnbetriebswerkstätte in Potsdam entzündeten sich durch Blütschlag in einem Schuppen 150 Zentner Karbid. Zu gleicher Zeit entzündeten sich infolge des Regenwassers aus dem Karbid Acetylenflasche und Karbid; die Karbidmanern, die den Schuppen von den umliegenden Privatgärten trennten, stürzten ein und rissen einen großen Teil der Mauern der umliegenden Gebäude mit sich.

Sam Witz erschlagen. Bei dem schweren Gewitter das über Südbannover niederging, wurden in Trüben (Kreis Northeim) ein Gutsbesitzer und sein Bruder vom Witz erschlagen.

Niesensprung mit falschen Einfuhrscheinen. Die Zollfahndungsstellen Berlin und Weuthen haben im Verein mit der Berliner Kriminalpolizei einen Niesensprung mit gefälschten Einfuhrscheinen im letzten Augenblick verhindert. Es wurden zahlreiche in die Affäre verwickelte Personen verhaftet.

Badischer Teil

Zum 70. Geburtstag des früheren Großherzogs von Baden

D. J. Freiburg, 10. Juli. Anlässlich des 70. Geburtstages des früheren Großherzogs Friedrich II. von Baden ist im großherzoglichen Palais in der Salzstraße eine überreiche Fülle von Glückwünschen und Blumenpenden aus allen Teilen des Landes und aus allen Schichten der Bevölkerung eingegangen. Zahlreiche Vereine, Städte und Gemeinden haben des erkrankten früheren Großherzogs gedacht, dessen Befinden insofern eine Besserung zeigte, als der Patient auch heute fieberfrei war. Auch Erzbischof Karl hat dem Großherzog seine Glück- und Segenswünsche ausgesprochen. Im Laufe des Vormittags sprachen ferner zahlreiche Deputationen von staatlichen und städtischen Behörden im großherzoglichen Palais vor, um ihre Wünsche zum Ausdruck zu bringen. Auch der Oberst der Israeliten Badens hat an den Großherzog ein Glückwunschk Telegramm geschickt.

D. J. Karlsruhe, 10. Juli. Im Garten des Markgräflichen Palais beging man gestern in kleinem Kreise und in schlichter Form den 70. Geburtstag des ehemaligen badischen Großherzogs. Zu der Feier hatte jedermann Zutritt. Prälat D. Schmittthener verlas den 90. Psalm und führte dann aus, wie das Wort, das auf dem Mainkreuz steht „denen, die Gott lieben, müssen alle Dinge zum besten dienen“, von den Eltern auf den Sohn vererbt, nun auch über dem Leben des erkrankten Großherzogs als Lichtquelle strahle. Im Gebet wurde für den früheren Landesherren Wiederherstellung seiner erschütterten Gesundheit erbeten. — Der Oberbürgermeister hat im Auftrag des Stadtrats dem früheren Großherzog von Baden zum 70. Geburtstag ein Glückwunschkreiben mit einer Blumengabe übersandt.

Besuch des Generaldirektors Dr. Dörpmüller in Baden

Wie wir erfahren, beabsichtigt der Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft, Herr Dr. Dörpmüller, dem Lande Baden um die Mitte des Monats einen Besuch abzustatten. Dabei wird am Freitag, den 15. Juli, eine Aussprache mit der badischen Regierung und den Vertretern der badischen Wirtschaft über aktuelle Fragen stattfinden, die die Reichsbahn und das Land Baden betreffen. Bei der Reichsbahndirektion ist ein Empfang der Presse durch Herrn Dr. Dörpmüller vorgesehen, zu dem die Einladungen bereits ergangen sind. Im Anschluß an die Besprechungen beabsichtigt der Herr Generaldirektor, das Schlußgebiet zu bereisen und die Kraftanlagen und Stauffen am Oberrhein zwischen Waldshut und Basel zu besichtigen.

Der Badische Landesfischereiverein

wird am Sonntag, den 17. Juli in Heibelberg im Bürgerausschußsaal des Rathauses seine 8. Generalversammlung abhalten. Nach Erledigung des geschäftlichen Teiles der Tagesordnung, der u. a. die Erstattung des Jahres- und Kassenberichts, sowie die Neuwahl des Gesamtvorstandes enthält, wird Oberregierungsrat Altmayer, bei der Wasser- und Straßenbauverwaltung Karlsruhe über das Thema: „Die Badische Wasserwirtschaft unter besonderer Berücksichtigung des Ausbaues des Rheines von Basel bis zum Bodensee“ sprechen.

Sammlung für die Krüppelfürsorge

Wie schon kurz gemeldet, veranstaltet der badische Landeskrüppelfürsorgeverein in der Woche vom 17.—25. Juli eine Sammlung, die dazu dienen soll, eine der brennendsten Fragen der Krüppelfürsorge, die Berufsausbildung der Krüppel, durch Einrichtung von Lehrwerkstätten einer Lösung entgegenzuführen. Es ist eine unbestrittene Tatsache, daß die wirksamste und auf die Dauer sparsamste Fürsorge, darin besteht, einem Krüppel durch Erlernung eines Berufes, die Möglichkeit zu geben, seinen Lebensunterhalt selbst zu verdienen. Der Landesverein für Krüppelfürsorge rechnet bei dieser Sammlung auf die tätige und opferbereite Unterstützung aller Kreise der Bevölkerung. Möge jeder sein Teil dazu beitragen, diese so wichtigen sozialen Bestrebungen zu fördern und mitzuhelfen, daß von der Natur entlehnte, gequälte und verbitterte Menschen in einer befriedigenden Tätigkeit einen Lebensinhalt finden.

Wetterbericht der Landeswetterwarte Karlsruhe. Die Rückseite des nach Osten abgezogenen Tiefes brachte uns gestern Regenfälle mit vorausgehender Abkühlung. Eine von Westen nachrückende Hochflugwelle, deren Maximum heute morgen über Frankreich liegt, wird bei ihrem Vorzuge Wessersferung herbeiführen. Voraussichtlich Witterung für Dienstag: Zeitweise aufziehend und etwas wärmer.

Das Badische Landestheater gibt seinen Arbeitsplan für die nächste Spielzeit (1927/28) bekannt auf dessen Verbehr für die vollständige Plagiate und die verbilligte Plagiarisierung die Theaterleitung voll vertraut.

Von den in Aussicht genommenen Werken der Westoperliteratur beanspruchen besonderes Interesse „Die Trojaner“ von Verlotz, die der ungeschickliche Mott hier einst aufführte und die ihre erste Neueinstudierung erfahren sollen; ferner Verdis „Macht des Schicksals“, die zum ersten Mal erscheinen wird, und eine Neueinstudierung von Massenet's „Der Gaukler unserer lieben Frau“. — Aus der neueren und neuesten Opernliteratur stehen die Uraufführungen von „Nero und Alce“ von Juan Manuel, und „Regina del Lago“ von Julius Weismann, dem hervorragenden badischen Lieddichter, bevor; daneben finden sich Namen wie Anton Dvorak, Vittorio Gnechi, Paul von Klenau, Paul Grenel, Modeste Musorgski („Voris Gubunow“), Richard Strauß („Frau ohne Schatten“) und Herberl Radauch mit Erstaufführungen verzeichnet.

Das Schauspiel gibt 16 klassische Werke der Weltliteratur bekannt — darunter den „Oedipus“ des Sophokles, Hebbels „Nibelungen“, die Erstaufführungen von Grabbes „Gannibal“ und Büchners „Woged“; dazu — zum 150. Geburtstag des Dichters — die Erstaufführung von Kleists „Robert Guiscard“. — Es soll damit der Wille bekundet werden, dem klassischen Drama den ihm gebührenden bevorzugten Platz im Spielplan unserer Bühne auch fernerhin nicht zu schmälern, ohne daß dabei die moderne dramatische Literatur, soweit sie auf Beachtung Anspruch hat und im Hinblick auf die besonderen örtlichen Bedingungen auf die für jede Bühnenwirkung notwendige Publikumsrezonanz rechnen kann, zurückstehen müßte.

Von Dichtern, die mit geplanten Erstaufführungen genannt sind, erscheinen zum ersten Mal Bert Brecht, ein führender unter den Jüngsten, mit der Komödie „Ramm ist Mann“, Bruno Frank, Kurt Goep, Noel Coward, Franz Kahl, Walter Hasencamp, Paul Kornfeld. Verhandlungen mit anderen stehen vor dem Abschluß.

Der 100. Geburtstag Henrich Heines soll mit der Erstaufführung seiner „Kronprinzen“ begangen werden.

Schnitzers „Schleier der Beatrice“, Schaus „Caesar und Kleopatra“, Strindbergs „Traumpiel“, „Königin Christine“

und „Totentanz“ stehen auf der Liste der weiter in Aussicht genommenen Erstaufführungen; ferner noch Werke von Oscar Wilde, Ludwig Thoma, Franz Molnar, Max Mell. — Von Neueinstudierungen verdient Gerhard Hauptmanns „Florian Geyer“ besondere Hervorhebung.

Eudermanns „Schmetterlingsnacht“ und „Die gutgeschickte Ede“ wird zur Feier des 70. Geburtstages des Dichters einstudiert werden.

Schließlich wird auch die Pflege der klassischen Operette nicht vernachlässigt werden. Unter den aufgezählten Werken findet sich der hier noch nicht gegebene „Carneval in Rom“ von Johann Strauß.

Das Ballett wird — zum hundertsten Todestage Franz Schuberts — seine „Nachtseiten der Liebe“ zum ersten Male aufführen; ferner auch Hubert Radauchs „Prometheus“. Außerdem sind Wiederaufnahmen der „Josephslegende“ von Richard Strauß und der „Coppelia“ von Delibes geplant.

Für die Bühne unserer Landeshauptstadt ist der 17. Mai 1928 ein bedeutungsvoller Begegnungstag. Es werden dann 75 Jahre seit Eröffnung des jetzigen Theatergebäudes verfließen sein. Eine Reihe größerer Festveranstaltungen in Oper und Schauspiel soll diesem Jubiläum gewidmet werden.

Ein weiteres theatergeschichtliches Ereignis gilt es außerdem noch im nächsten Spieljahr zu feiern: Gustav Freytags „Journalisten“ gelangen am Karlsruher Hoftheater vor 75 Jahren — am 2. Januar 1853 — zur Uraufführung. Das Werk wird für diesen Tag eine Neueinstudierung im Stile der Entstehungszeit erfahren.

Ohne sich mit dieser Aufstellung im einzelnen zu binden, möchte die Bühnenleitung sie — im ganzen genommen — als Grundlage für den nächstjährigen Spielplan angesehen wissen sich aber die Freiheit vorbehalten, zu erwartende Neuheiten der dramatischen Produktion, wenn sie brauchbar erscheinen, einzufügen und, wenn nötig — dafür andere Werke einsteilen auszuscheiden, wie sich überhaupt jeweils den nicht voraussehbaren Erfordernissen des Tages anzupassen.

Technische Hochschule Karlsruhe. Zum Rektor der Technischen Hochschule Karlsruhe für das Studienjahr 1927/28 mit Amtsantritt am 1. September, wurde Herr Professor Hans Kluge gewählt.

Tagung des Badischen Städtebundes

Baden, 9. Juli. Der zweite Tag der hiesigen Tagung des Badischen Städtebundes brachte zunächst einen Vortrag von Bürgermeister Kell, Triberg, über Auto- und Fernstraßen. Er führte etwa folgendes aus: Der Neubau von Autostraßen ist mit Rücksicht auf die immer noch sehr gespannte Finanzlage der gesamten deutschen Wirtschaft jeweils nur im Rahmen eines größeren mitteleuropäischen Autostraßennetzes durchzuführen, soweit nicht heute schon ein außerordentlicher Zwischenortverkehr, wie z. B. zwischen Köln und Düsseldorf, den Bau einer Autostraße verlangt. Der Ausbau der zwischen den deutschen Großstädten schon bestehenden Landstraßenverbindungen als Fernstraßenverbindungen ist möglichst nach gleichen Bau- und verkehrstechnischen Grundsätzen wie bei den reinen Autostraßen alsbald durchzuführen. Der Ausbau der übrigen Landstraßen ist unter vorbehaltlicher Berücksichtigung der Erfordernisse des Autoverkehrs unverzüglich durchzuführen, und zwar durch Verbreiterung der Fahrbahnen auf Dreispur — d. f. 7,5 m — bzw. wenigstens auf Großdoppelspur — d. f. 6 m — durch Umbau und Verbreiterung der Straßenränder mit einem einseitigen Gefälle und durch Befestigung der Fahrbahn mit einem Dauerbelag, sei es Stein, Beton oder bituminösem Belag.

Anschließend erstattete Oberbürgermeister Dr. Gugelmeier, Vörrach, ein umfangreiches Referat über allgemeine Forderungen zur Finanzreform. Er führte u. a. aus: Die Vereinheitlichung des materiellen Realsteuerrechts ist ein neues wichtiges Glied der deutschen Reichseinheit und Ziel der Vereinfachung des Steuerwesens. Sie wird daher grundsätzlich begrüßt. Auch ist die Veranlagung zu den Realsteuern im ganzen Reich nach einheitlichen Grundsätzen wünschenswert. Die Vereinheitlichung muß aber in einer solchen Weise durchgeführt werden, daß die Selbstverwaltung und Selbstverantwortung der Gemeinden nicht vermindert, sondern gestärkt wird. Die verfassungsmäßigen Rechte der Selbstverwaltung in der auf Grund des allgemeinen gleichen Wahlrechts gewählten städtischen Körperschaft sind insbesondere bei der Festsetzung des Steuerfußes und bei der Aufstellung des Gemeindehaushalts zu wahren. Ebenso muß die Erhebung der Gemeindesteuer bei den Gemeinden verbleiben. Neben den Staatsbanken sollten auch die Sparkassen und Girozentrale von der Gewerbesteuer befreit sein, da sie wie die Staatsbanken ihrer Bestimmung nach allgemeinen Nutzwert haben. Nachdem stabile Verhältnisse eingetreten sind, sollte im Interesse einer klaren Übersicht der Gemeindefinanzlage festgestellt werden, daß die Steuerschuldner die Steuern auf Grund der Einkünfte des Vorjahres zu zahlen haben. Wenn das Reich Aufgaben der Gemeinden übernimmt, müssen, soweit es neue Arbeitskräfte braucht, die Gemeindeaufgaben von Reich übernommen werden. Auch die Pensionen müssen von Reich getragen werden.

Der Vortrag von Oberbürgermeister Dr. Gugelmeier wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Der Rechenschaftsbericht, der von Geh. Regierungsrat Timme erstattet wurde, war kurz und beschränkte sich auf die Feststellung, daß auf je 1000 Einwohner 93 M Umlagen erhoben werden sollen.

Von außerordentlichem Interesse war eine Erklärung des badischen Finanzministers die Autostraße Mannheim-Heidelberg betreffend. Er bemerkte, daß Baden dabei ein großes Interesse daran, an dem Projekt der großen Autostraße Antiraba beteiligt zu sein, und habe dementsprechend auch einen Vertreter der Wasser- und Straßenbaudirektion in den vorbereitenden Ausschuss der Antiraba entsandt. Nun sei aber zu der ganzen Beschaffung der Autostraßenfrage eine sehr wichtige Mitteilung zu machen. Das Reichsverkehrsministerium habe es angelehnt, für die Autostraße Köln-Düsseldorf die Erhebung von Gebühren zu erlauben unter Hinweis auf § 18 des Finanzausgleichsgesetzes, wonach die Erhebung von Gebühren für öffentliche Wege ausgeschlossen ist. Nun frage sich, ob diese Auslegung des Gesetzes richtig sei, denn es sei doch sehr fraglich, ob ein Weg, der durch Private unterhalten werde, im Sinne des Gesetzes überhaupt als öffentlicher Weg zu bezeichnen sei. Gelänge es nicht, die Reichsregierung von ihrem Standpunkt abzubringen, so sei die Autostraße Heidelberg-Mannheim so gut wie aussichtslos.

Außerdem sprach noch Bürgermeister Kemmer zur Frage der Finanzierung der Autostraßen. An die Referate schloß sich eine lebhafte Debatte an. Gegen 2 Uhr wurde die Tagung sodann geschlossen.

Unwetter in Baden und in der Pfalz

Baden, 10. Juli. Zur Unwetterkatastrophe in der Nacht zum Freitag ist noch zu berichten, daß die Gemartungen Fischbach und Burgberg am schwersten betroffen wurden. Das sich hier entladende Hagelwetter hat die Kartoffeln und Getreidernte fast bis zu 100 Proz. vernichtet. In Fischbach führte der durch den Ort fließende Bach derartiges Hochwasser, daß er ganze Bauernhöfe mit forttrieb und große Balken und Bretter fortspülte. Die erst kürzlich neu angelegte Wasserleitung wurde größtenteils wieder aufgegeben, so daß der Ort für Fußwege unpassierbar war. Die Straße Kirchbach-Peterszell wurde an zwei Stellen derart durch die Wassermassen beschädigt, daß sie teilweise für den Verkehr gesperrt werden mußte. Auch wurde beim Bahnhof Peterszell ein großes Stück aus dem Bahntörper herausgerissen, jedoch glücklicherweise bei einem Nebengleis, so daß die Züge verkehren konnten. Im Brigadatal waren die Landwirte mitten in der Heuernte auf den Wiesen von dem plötzlich daherkommenden Hochwasser überrascht worden, so daß sie in aller Eile flüchten mußten. Einem Müller gingen etwa ein halbes Dutzend durch das Hochwasser überaus wertvolle Hühner zugrunde. Die Schätzung des Schadens wird mehrere Tage in Anspruch nehmen. Bedauerlicherweise sind trotz aller Ermahnungen ein großer Teil der geschädigten Landwirte nicht gegen Hagel versichert.

Baden, 10. Juli. Gestern früh gißte sich ein schweres Gewitter mit Hagelschlag und Wolkenbruch über der hiesigen Gegend. Die Straßen des Unterdorfs standen in wenigen Minuten unter Wasser und die Grombach schwoll zu verheerender Stärke an. Sträucher und selbst Baumstämme mit sich reißend. An den Fluren ist der Schaden sehr groß, ein großer Teil der Felder ist umgelegt. Auch die Kartoffelfelder haben schwer gelitten. Der Schaden, der sich auch auf die Umgebung, und besonders auf den Ort Büchsenau und Gemartung erstreckt, ist noch nicht zu übersehen.

Baden, 10. Juli. In den letzten Nächten gingen über die Südpfalz schwere Gewitter nieder, die teilweise großen Schaden anrichteten. An der elsässischen Grenze dauerten die Wolkenbrüche über fünf Stunden an. In der Vorderpfalz schienen die Schäden und Verwüstungen erheblich größer zu sein. So sind in Deidesheim und Hambach die Straßen und Wege völlig mit Sand und Schlamm überdeckt, so daß die Oberlandbahn ihren Fahrplanmäßigen Betrieb nicht aufrechterhalten konnte. Die Schienen waren mit Schlamm und Geröll festgehoben. Bei Essingen und Dammheim glichen die Wiesen einer See. Das Wasser fand aber bald Abfluß.

700-Jahrfeier der Stadt Eberbach

Baden, 11. Juli. Am geistigen Haupttag der 700-Jahrfeier der Stadt fand ein Festakt statt. Hierzu vereinigten sich die Mitglieder des Städtebundes und die einheimischen Festteilnehmer in der Turnhalle, wo unter anderem auch Innenminister Dr. Remmele und Oberpostdirektor Lämmlein erschienen waren. Der Fürst von Leiningen, zu dessen Fürstentum Eberbach bis 1806 gehörte, war mit Gemahlin anwesend. Gröhe übermittelte Staatspräsident Dr. Trunk, Finanzminister Schmidt, Kultusminister Leers u. a. Der frühere Großherzog bedauerte herzlich durch seine Krankheit am Erscheinen verhindert zu sein.

Die Festrede hielt Bürgermeister Dr. Weiß. Er schilderte lebendig und plastisch das Leben der Stadt Eberbach. Minister Dr. Remmele sprach die wärmsten Glückwünsche der badischen Regierung aus und gab der Erwartung Ausdruck, daß mit dem Freiwerden Deutschlands von den letzten Banden der Besetzung auch für die Gemeinden eine glücklichere Zeit eintreten werde. Ein Gemeinderatsmitglied statierte im Namen der Gemeinde dem Bürgermeister Dr. Weiß den tiefgefühltesten Dank für geleistete Kultur- und Kommunalarbeit ab.

Mit stürmischem Beifall wurde die Mitteilung aufgenommen, daß der Gemeinderat beschlossen habe, Dr. Weiß zum Ehrenbürger der Stadt zu ernennen. Dr. Weiß sprach hierauf seinen tiefgerührten Dank aus.

Der nachmittags um 3 Uhr durch die festlich geschmückte Stadt sich bewegende Festzug hatte trotz des trüben Wetters eine ungeheure Menschenmenge angezogen. Der Festzug selbst war ein aus künstlerischem Geschmaad zusammengesetztes Mosaik von verschiedenartigen Gruppen. Nebenfalls bot die Stadt mit ihrem Flaggenschmuck, ihrem gewaltigen Triumphbogen und den Guckulanden einen äußerst lebendigen und unergelichen Eindruck. Abends um 9 Uhr fand ein Festgug statt. Einige Minuten später erstreckte die Stadt in Tausenden von Lichtern. Im Rahmen der 700-Jahrfeier kam zur Aufführung das von Bürgermeister Dr. Weiß, Eberbach, ausgearbeitete Theaterstück „König Heinrich VII.“, der Gründer der Stadt, das bei einem vollbesetzten Haus stürmischem Beifall fand.

Eine furchtbare Unwetterkatastrophe

150 Personen tot

Das grauenhafte Bild der Verwüstung durch Unwetterkatastrophen in Sachsen, Thüringen und im Bayerischen Grenzgebiet wird immer deutlicher, nachdem jetzt mehr und mehr die Einzelheiten durchsickern. Die Wasserwogen haben selbst vor diesen Mauern und Eisenbahnhäfen nicht Halt gemacht. So wurden im Bahnhof Glasbütte zwei Züge umgeworfen. Eine ganze Familie fand im Schlamm den Erstickungstod. Der Bahnhof Lauenstein ist gleichfalls vollkommen zerstört. Ein Güterzug wurde dort meterweit auf die Straße gedrückt. Das auf hohem Berge gelegene Schloß Wessenstein weist infolge Erschütterung des Untergrundes Risse auf.

Auf der Linie Heidenau-Altendorf mußte ein Personenzug im Glasbütte zurückgehalten werden. Die Reisenden konnten infolge der plötzlich ungeheuer anschwellenden Mägen den Zug nur teilweise verlassen. Das gesamte Bahnhofsgelände wurde 3 Meter hoch überschwemmt. Die im Zuge gebliebenen Reisenden konnten erst nach Stunden geborgen werden. Glücklicherweise wurden bei dem Unfall weder Reisende noch Jupperronal verletzt.

In Eula und anderen Orten wurden Brücken und Häuser zerstört. Auch sollen gegen 20 Personen ertrunken sein. Ebenso wütete ein heftiges Unwetter im westlichen Sachsen und den angrenzenden Teilen von Thüringen. Die Zwickauer Mulde und die Pleiße führten Hochwasser. Zwei Personen wurden vom Misse getötet. Die Bahnstraße Leipzig-Dorf wurde durch einen Dammbrech mehrere Stunden gesperrt.

Im Gottleubatal hat die Unwetterkatastrophe eher noch schlimmer gehaust als im Mühlitale. Das Dorf Delschen eingetroffene Ortsbewohner erzählen, bis auf den letzten Rest von der Naturwelle fortgetragen worden. Bei der Amtshauptmannschaft Pirna lag in den frühen Nachmittagsstunden ein ungefähres Überblick über den gesamten Umfang der Katastrophe vor. Die Amtshauptmannschaft teilt mit, daß nach amtlichen und anderen ernsthaften Nachrichten damit gerechnet werden müsse, daß wenigstens 150 Personen infolge der Wetterkatastrophe in den Tälern der Mühlitz ihr Leben lassen mußten.

In der am schwersten heimgesuchten Stadt Berggießhübel waren Sonntag mittags 93 Leichen aufgebahrt, doch steht die Zahl der Vermissten auch dort noch nicht fest. Unter den Toten befinden sich 82 Einwohner von Berggießhübel, drei Sommergäste und acht ortsfremde Knechtarbeiten. In Berggießhübel und Gottleuba ist je eine Schwadron Kavallerie eingesetzt worden, desgleichen Abteilungen von Infanterie und Pionieren. Außerdem sind von Dresden aus weitere Abteilungen mit Feldküchen entsandt worden, um vor allem der hungernden Bevölkerung beizustehen. Infolge der Zerstörung der Wasserleitung fehlt es in vielen der betroffenen Ortsteile auch an Trinkwasser.

Der Reichspräsident und der Reichskanzler haben der sächsischen Regierung Teilnahmetelegramme gesandt.

Aus der Landeshauptstadt

Erinnerungsmal für Gartendirektor a. D. Ries. Mit Wildhauer Feiner Bauer hier, wird ein Vertrag über die Ausführung des für den früheren Gartendirektor Ries im Stadtpark an zu erstellenden Erinnerungsmals abgeschlossen.

50jähriges Jubiläum der Bahnhofsfeuerwehren. Gestern konnten 14 Bahnhofs- und Werkfeuerwehren im Bereiche der Reichsbahndirektion Karlsruhe ihr 50jähriges Bestehen feiern. Aus diesem Anlasse fand im Bürgeraal des hiesigen Rathauses ein Festakt statt, dem der Präsident der Reichsbahndirektion, Herr v. Müllenbach, der Minister des Kultus und Unterrichts, Leers, Landeskommissar Gräter und andere beiwohnten. Reichsbahnoberrat Dr. Doff warf in seiner Begrüßungsansprache einen Rückblick auf die Entwicklung der Bahnhofsfeuerwehren, die auf dem Grundsatze des freiwilligen Dienstes aufgebaut und vom Geiste treuer Kameradschaft getragen seien. Die Wehren seien ein Spiegelbild echten Gemeinheits. Der Redner betonte zum Schluß, daß nur eine zielbewusste Zusammenarbeit von Beamten und Arbeitern auch eine erfolgreiche sichere Betriebsführung gewährleisten. Darauf hielten Dr. ing. Weber, der Leiter der Karlsruher Berufsfeuerwehr, und Branddirektor Deuser interessante Vorträge über Feuerverhütung und Feuerbekämpfung. Nachmittags 34 Uhr folgte am Gebäude der Reichsbahndirektion an Friedrichsplatz eine in allen Teilen glatt verlaufene Übung der hiesigen Bahnhofsfeuerwehr gemeinsam mit der Berufsfeuerwehr Karlsruhe. Hierzu hatten sich u. a. Staatspräsident Dr. Trunk, der Präsident der Reichsbahndirektion, die Spitzen der Behörden und Vertreter der Staatsverwaltung sowie eine stattliche Anzahl Angehöriger der Berufsfeuerwehren des Landes in Uniform eingefunden. Die Übung, die auf neue die Schlagfertigkeit der Wehren erwies, hatte auch eine größere Menschenmenge angezogen.

Wiener Operette im Konzerthaus. Für heute abend ist eine Wiederholung der Gräfin Mariza mit Eva Behner und Willi Wahle angelehnt, für morgen abend eine Aufführung der Teresina mit Ida Bauer und Georg Winter. Am Freitag beginnt die große Kalman-Boche, die nur Aufführungen von Werken dieses beliebtesten und erfindungsreichsten aller Operettenkomponisten bringt. Begonnen wird mit dieses Komponisten neuestem Schöpfung, der großen Ausstattung-Revue-Operette „Die Firtusprinzessin“, zu der die Proben in vollem Gange sind. Eine glanzvolle Ausstattung aus ersten Wiener Kellern wird dem Werke den ihm gebührenden Rang geben. Mit Eva Behner und Willi Wahle in den Hauptrollen wird das von Direktor Jg. Brantner mit gewohnter Sorgfalt inszenierte Werk sicher den Erfolg der Gräfin Mariza erreichen, wenn nicht übertreffen.

Maurice Tokora: „Fürst oder Clown“. (Verlag Ullstein, Berlin). — Dieses Buch ist ein Schwanz in Romanform mit phantastischen Verwicklungen, die sich überraschend und doch folgerichtig lösen, erzählt mit einem Temperament, das nicht mehr losläßt. Humor spricht aus jeder Zeile, ein bizarres und doch nicht übersteigertes Wit, der selten geworden ist.

Staatsanzeiger

Die Berechtigung zum Betriebe der Jähringer-Apotheke in Freiburg i. Br., die durch den Tod des bisherigen Inhabers frei ist, wird zur Vererbung ausgeschrieben. Gefühle sind binnen vier Wochen schriftlich unter Anschluß der vorgeschriebenen Nachweise (vergl. Ausschreiben vom 6. Januar 1927, Apotheke in Söfingen) hierher einzureichen. Karlsruhe, den 8. Juli 1927.

Der Minister des Innern
J. W. Föhrenbach

Dem Deutschen Auslands-Institut Stuttgart wurde die Erlaubnis zum Losvertrieb in Baden erteilt. Karlsruhe, den 6. Juli 1927.

Der Minister des Innern
J. W. Föhrenbach

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurufbefetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Ernannt:
Polizeioberwachmeister Michael Brödel in Baden zum Polizeikommissar in Konstanz.

Justizministerium

Ernannt:
Kanzleiaffistent Karl Spieß beim Amtsgericht Mannheim zum Kanzleisekretär, Kanzleihilfe August Oertel beim Amtsgericht Karlsruhe zum Kanzleiaffistent.

Veretzt:

Justizoberinspektor Josef Hannß bei der Staatsanwaltschaft Konstanz zur Staatsanwaltschaft beim Oberlandesgericht; die Justizobersekretäre Franz Bed beim Amtsgericht Konstanz zum Landgericht daselbst und Alfred Graf beim Notariat Freiburg zum Notariat Kastatt, Kanzleiaffistent Karl Schubert beim Amtsgericht Mannheim zum Amtsgericht Adolphzell, Anstaltshauptlehrer Hugo Wohlfarth bei den Landesstrafanstalten in Bruchsal zum Landesgefängnis Freiburg und Inspektor Magnus Schuler beim Bezirksgefängnis Mannheim zum Bezirksgefängnis I. Kastatt.

Ministerium der Finanzen

Ernannt:

Forstrot Adolf Knapp in Kirchzarten zum Oberforstrot.

Geschäftliches

Bruchheilung

Die orthopädische Bruchbehandlung. — Heilung ohne Operation —, lag früher meist in Händen von Laien, die sich damit begnügten, dem Patienten durch Anlegen eines Bruchbandes einen Nothelfer zu verschaffen. Hierdurch wurde aber oft das Gegenteil erzielt, nämlich eine Verschlimmerung des Leidens und damit Erhöhung der Einklemmungsgefahr und weitere Verminderung der Arbeitsfähigkeit. Eine sachgemäße Belehrung über Entstehung des Bruches und dessen Zurückbringen, konnte dabei ebensowenig stattfinden, wie seine Heilung auf Grund spezieller, orthopädischer, ärztlicher Maßnahmen.

Das ärztliche Institut „Hermes“ (Dr. med. S. L. Meyer), Hamburg, Eplanade 6, hat es sich daher zur Aufgabe gemacht, diesem bisher fast vernachlässigten Gebiet der Heilkunde seine besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Es ist ihm gelungen, eine Methode auszuarbeiten, und deren Bewährung an tausenden von Patienten zu erproben, welche zu überraschend guten Erfolgen führte. Hier sei ein Fall herausgegriffen, der Aufsehen erregte. Über diesen Fall entnehmen wir der Zeitschrift der Eisenbahnbeamten: „Die Fürsorge“, Druck und Verlag in Altona, folgenden Bericht:

„Ein unserer Fürsorge nahestehender Beamter hat da nentlich eine Erfahrung gemacht, die er zu Ruh und Frommen der anderen Bruchleidenden gern bekannt geben will. Ein Verwandter, ein junger kräftiger Mensch von 21 Jahren mußte, um einen Ruf zur Auswanderung nach U. S. A. zu erhalten, sich einer eingehenden Untersuchung durch den ausländischen Arzt unterziehen, der einen fauligrohen Reistenbruch feststellte und Operation empfahl. Durch die Operation würde die Sache nach 4-5 Monaten beseitigt sein und der Ausreise nichts mehr im Wege stehen. Der junge Mann befragte seinen Hausarzt, einen praktischen Arzt in Altona, der von der Operation abriet, da diese in vielen Fällen nicht glückte, aber ihm riet, sich in die Behandlung von Herrn Dr. Meyer vom „Hermes“, Ärztliches Institut für orthopädische Bruchbehandlung, Hamburg, Eplanade 6, zu begeben.

Durch diese vorzügliche und denkbar einfache orthopädische Bruchbehandlung war der Bruch ohne die geringste Berufshinderung in ungefähre 4 Wochen restlos beseitigt. Bei der erneuten ärztlichen Untersuchung stellte der ausländische Arzt und sein zur Kontrolle noch hinzugezogener Kollege trotz schärfster Prüfung mit Verwunderung fest, daß der Bruch verschwunden sei und erklärte: „Diese Deutschen verstehen mehr als wir.“ Am nächsten Tage hatte der junge Mann seinen Ruf in Händen und fuhr 3 Tage später von Bremen über den großen Reich.

Die Schriftleitung der Zeitschrift „Die Fürsorge“ hat daraufhin das „Hermes-Institut“ für orthopädische Bruchbehandlung, Hamburg, Eplanade 6, veranlaßt, durch Anzeigen in ihrer Zeitschrift den Bruchleidenden seine Dienste anzubieten. Die Schriftleitung der „Fürsorge“.

Dieses ist schon der 2. gleiche Fall und ist notariell beglaubigt.

Wir verweisen daher auf die regelmäßig stattfindenden Sprechstunden des Vertrauensarztes vom „Hermesinstitut“, Hamburg, „salus aegroti suprema lex“ = „Das Wohl des Kranken ist oberstes Gesetz“.

Zentral-Handels-Register für Baden.

Breisach. 2.68
Handelsregister eintrag
Abt. A: D.-Z. 203: Firma
„Abraham Rod“ in
Breisach; Inhaber: Abra-
ham Rod, Adlerwirt u.
Weißhändler in Breisach
(Rechtshandlung in gro-
ßen).
D.-Z. 204: Firma „Ger-
mann Weil“ in Hringen;
Inhaber: Hermann Weil,
Kaufmann in Hringen
(Holz-, Kohlen- und Bau-
materialienhandlung).
Breisach, 27. 6. 1927.
Badisches Amtsgericht

Breiten. 2.55
Handelsregister eintrag
A Bd. I D.-Z. 213: Die
Firma Otto Stahr, Wein-
handlung, Breiten, ist er-
loschen. D.-Z. 28: Die
Firma C. G. Schuma-
cher Nachfolger, Böffin-
gen, ist erloschen.
Breiten, 22. 6. 1927.
Amtsgericht.

Bruchsal. 2.46
Handelsregister eintrag
A II D.-Z. 273, Firma
F. u. A. Fellhauer & Bur-
hard, Zigarrenfabrik, Deit-
zingen: Die Gesellschaft
ist aufgelöst; die Firma
ist erloschen.
Bruchsal, 23. 7. 1927.
Badisches Amtsgericht

Buchen. 2.82
Eingetragen wurde in
das Handelsregister B
(Ballbun) Bd. I D.-Z.
10 — Fränkische Holz-
werke, Aktiengesellschaft in
Hardheim —: An Stelle
der bisherigen zurückge-
tretenen Liquidatoren
wurde Adolf Seiden, Kauf-
mann in Hardheim, zum
Liquidator ernannt.
Buchen, 27. 6. 1927.
Badisches Amtsgericht

Bühl, Baden. 2.56
Handelsregister eintrag
A II D.-Z. 51, Firma
Bernhard Baumann, Sä-
gewerk und Holzhand-
lung in Neuwier: Der
Inhaber ist am 19. 12.
1926 gestorben und das
Geschäft auf dessen Wit-
we Bernhard Baumann
Witwe, Theresia geborene
Fränkel, übergegangen,
die dasselbe unter der
gleichen Firma fortführt.
Badisches Amtsgericht
Bühl.

Durlach. 2.69
Handelsregister A. Ein-
getragen am 23. Juni
1927 zur Firma Wilhelm
Zetter in Durlach: Der
Sitz der Firma ist nach
Karlsruhe verlegt.
Amtsgericht Durlach.

Ettenheim. 2.70
Handelsregister eintrag
Abt. B Band I D.-Z. 8:
F. Kasper & Co., Zigarren-
und Tabakfabrik, Gesell-
schaft mit beschränkter
Haftung, Grafenhausen.
Das Stammkapital be-
trägt 20 000 M.
Ettenheim, 16. 6. 1927.
Badisches Amtsgericht

Heidelberg. 2.83
Handelsregister B Bd.
IV D.-Z. 57 zur Firma
Wellaand's Textilvertriebe
Aktiengesellschaft in Hei-
delberg: Konstantin
Schmidt, Kaufmann in
Heidelberg, ist zum Vor-
standsmitglied bestellt und
befugt, für sich allein die
Gesellschaft zu vertreten.
Heidelberg, 27. 6. 1927.
Amtsgericht B 2.

Heidelberg. 2.84
Handelsregister A Bd.
II D.-Z. 73, die Firma
Johannes Böhmeh vormalig
Ludwig Bek in Heide-
berg ist erloschen.
Band VI D.-Z. 120:
Firma Holz & Böller in
Heidelberg, offene Han-
delsgesellschaft, begonnen
am 1. Mai 1927. Persön-
lich haftende Gesellschafter

find Gustav Holz, Kauf-
mann in Heidelberg, und
Theodor Böller, Kauf-
mann in Nürnberg.
Abt. B Band III D.-Z.
12 zur Firma P. Stitz
& Sohn Aktiengesellschaft
in Liquidation in Heide-
berg: Durch Beschluß der
Generalversammlung vom
17. Juni 1927 wurde der
Liquidator Paul Horn
abberufen und Dr. Rudolf
Bommerente, Kaufmann
in Heidelberg, zum Li-
quidator bestellt.
Band IV D.-Z. 1 zur
Firma Frankentand
Grundstücksaktiengesell-
schaft in Heidelberg:
Die Firma ist erloschen.
Heidelberg, 23. 6. 1927.
Amtsgericht B 2.

Konstanz. 2.63
Handelsregister: B Bd.
I D.-Z. 73, Konstanzer
Fahrzeug- u. Sporthaus
G. m. b. H., in Konstanz:
Waffenmeister Rudolf
Burger ist als Geschäfts-
führer ausgeschieden.
Franz Brunner, Inge-
nieur in Donaueschingen,
ist als Geschäftsführer be-
stellt. 22. 6. 1927.
A Bd. I D.-Z. 30, Gu-
stav Dummel in Kon-
stanz: Das Geschäft ist
unter Beibehaltung der
bisherigen Firmenbezeich-
nung auf Fräulein Em-
ma Walker in Konstanz
übergegangen. Der Über-
gang der in dem Betrieb
des Geschäfts begründeten
Verbindlichkeiten und
Forderungen des bisher-
gen Inhabers auf die Er-
werberin ist ausgeschlos-
sen. 23. 6. 1927.
Badisches Amtsgericht
I, Konstanz.

Kahr, Baden. 2.92
Handelsregister Kahr
A II D.-Z. 277, Firma
Max Vertweck in Friesen-
heim: Fabrikant Karl Jo-
sef Erb in Friesenheim ist
als persönlich haftender
Gesellschafter in das Ge-
schäft eingetreten. Die
offene Handelsgesellschaft
hat am 1. Januar 1927
begonnen. Dem Kauf-
mann Josef Stuber in
Heiligenzell ist Procura
erteilt.
Kahr, 20. Juni 1927.
Bad. Amtsgericht.

Kahr, Baden. 2.93
Handelsregister Kahr B
D.-Z. 100, Firma Sonnet-
werke K.G. in Kahr: Die
von der Generalversam-
lung vom 30. 12. 1924 be-
schlossene Umstellung des
Grundkapitals auf
1 000 000 M ist durch-
geführt. Durch Beschluß
der Generalversammlung
vom 2. Juni 1925 wurde
§ 7 des Gesellschaftsver-
trags — Vorstand betr. —
abgeändert und neu ge-
faßt.
Kahr, 21. Juni 1927.
Bad. Amtsgericht.

Kahr, Baden. 2.94
Handelsregister Kahr
Abt. A Bd. II D.-Z. 212,
Firma Gebrüder Ruder &
Co. in Kahr: Die offene
Handelsgesellschaft ist auf-
gelöst. Die bisherige Ge-
sellschafterin Adolf Ruder
Ehefrau, Käthe geborene
Ganzauge, in Kahr ist
alleinige Inhaberin der
Firma. Dem Kaufmann
Adolf Ruder in Kahr ist
Procura erteilt.
Kahr, 22. 6. 1927.
Amtsgericht.

Kahr, Baden. 2.95
Handelsregister Kahr
A Bd. II D.-Z. 180. Die
Firma Johannes Her-
mann, Schweinehandlung
in Dundenheim, ist erlo-
schen.
Kahr, 22. 6. 1927
Amtsgericht.

Kärach. 2.54
Handelsregister eintrag.
Vom 7. 6. 1927: Weber
& Cie, Chemische Fabrik,
Gesellschaft mit beschränk-
ter Haftung, Kärach: Der
Gesellschaftsvertrag ist
am 30. Mai 1921 und am
22. Juni 1921 festgesetzt
und wurde am 27. Feb-
ruar 1923, 11. August
1924, 26. November 1925
und 7. April 1927 geän-
dert. Der Gegenstand des
Unternehmens ist die Fa-
brication, der Handel u.
der Vertrieb von chemi-
schen, chemisch-pharmazeu-
tischen, chemisch-techni-
schen sowie hygienischen
Produkten aller Art, die
Vornahme aller, jenen
Zwecken dienlichen Hilfs-
geschäfte, auch Übernahme
von Vertretungen und
Beteiligungen. Die Gesell-
schaft kann Grundstücke
erwerben oder pachten
sowie Zweigniederlassungen,
Fabriken, Verkaufsstellen
und Agenturen an ande-
ren Orten im In- und
Auslande errichten. Die
Gesellschaft ist weiterhin
berechtigt, Geschäfte glei-
cher oder ähnlicher Art zu
erwerben, zu gründen u.
sich an vorhandenen in
jeder Rechtsform zu be-
teiligen, auch sich mit an-
deren Geschäften oder Ge-
sellschaften zu fusionieren.
Stammkapital: 18 000 M.
Die Ernennung von Ge-
schäftsführern steht der
Gesellschaftsversammlung
zu. Die Gesellschaft wird
nur durch einen Ge-
schäftsführer vertreten.
Die Bekanntmachungen
der Gesellschaft erfolgen
im Reichsanzeiger.
Badisches Amtsgericht
Mannheim.

Mannheim. 2.64
In das Handelsregister
wurden heute folgende
Firmen eingetragen:
Michael Karg, Mann-
heim-Sandhofen.
Dr. Fritz Nagel & Co.,
Mannheim. Die offene
Handelsgesellschaft hat am
25. Juni 1927 begonnen.
Persönlich haftende Ge-
sellschafter sind die Che-
miker Dr. Fritz Nagel und
Dr. Hans Hoffarth, beide
in Mannheim.
R. Drehsfuß & Söhne,
Mannheim, Zweignieder-
lassung, Hauptort: Heil-
brunn. Die offene Han-
delsgesellschaft hat am 1.
April 1928 begonnen. Per-
sönlich haftende Gesell-
schafter sind Bernhard
Drehsfuß, Kaufmann, Heil-
brunn, Benno Drehsfuß,
Kaufmann, Neutlingen,
Adolf Einstein, Dehringen.
Dem Bruno Böhmeh,
Heilbrunn, dem Fritz Kra-
mer, Mannheim und dem
Konrad Freyhöfer, Mann-
heim ist Procura erteilt.
Ferner wurde zu fol-
genden Firmen eingetra-
gen:
Wilhelm Helmmann,
Mannheim: Die Firma
ist erloschen.
Eilfriede Albers, Mann-
heim: Die Firma ist ge-
ändert in: Baby-Wieder-
haus Eilfriede Albers.
Aktiengesellschaft für
Eisen und Bronze-Gieße-
rei vormalig Carl Fink in
Liquidation, Mannheim:
Die Firma ist erloschen.
Mannheim, 29. 6. 1927.
Bad. Amtsgericht F. G. 4.
Pforzheim.

Mannheim. 2.66
Handelsregister einträge.
1. Firma Gebr. Ras in
Pforzheim, Gymnasium-
str. 100: Die Gesellschaft
ist aufgelöst. Der bisherige
Gesellschafter Albert
Ras ist alleiniger Inha-
ber der Firma.
2. Firma Darmstädter
und Nationalbank Kom-
manditgesellschaft auf Ak-
tien, Filiale Pforzheim in
Pforzheim mit Haupt-
sitz

in Berlin: Generalkon-
sul Fritz Hinde ist als per-
sönlich haftender Gesell-
schafter ausgeschieden.
Entsprechend ist der Ge-
sellschaftsvertrag in § 13
Abs. 1 abgeändert auf
Grund des Beschlusses der
Generalversammlung vom
8. April 1927.
3. Firma Immanuel
Saade in Pforzheim,
Bahnhofstr. 11: Das Ge-
schäft ging mit der Fir-
ma auf Kaufmann Im-
manuel Saade Witwe,
Anna Marie geb. Remte,
in Pforzheim über. Dem
Frl. Friede Saade und
dem Kaufmann Helmut
Maneval in Pforzheim
ist Einzelprocura erteilt.
4. Firma Wilhelm Bal-
land in Pforzheim, Frank-
str. 79: Das Geschäft ging
mit der Firma unter Aus-
schluß von Forderungen
und Verbindlichkeiten auf
Chemiker Otto Thomas
in Pforzheim über.
5. Firma Ernst Maier
in Pforzheim, Hülfsstr. 68:
Die Procura des Karl
Lampert in Pforzheim ist
erloschen.
6. Die Firma Bischof &
Dehler in Pforzheim ist
erloschen.
Amtsgericht Pforzheim.

Radolfzell. 2.49
Handelsregister eintrag
B II D.-Z. 21, Firma
Zwirner und Weberei
Schöningen Ges. m. b. H.
in Schöningen. Gegenstand
des Unternehmens ist der
Betrieb einer Baumwoll-
und Seidenzwirnererei so-
wie Baumwoll- und Sei-
denweberei. Die Gesell-
schaft ist befugt, sich im
In- oder Ausland an
ähnlichen Unternehmen
zu beteiligen. Stamm-
kapital: 20 000 M. Ge-
schäftsführer: Raul Nie-
derer, Fabrikant in Watt-
wil (Schweiz). Gesellschaft
mit beschränkter Haftung;
Vertrag vom 24. Juni
1927.
Radolfzell, 24. 6. 1927.
Bad. Amtsgericht I.

Rastatt. 2.55
Handelsregister eintrag
zur Firma Bau-Industrie
Akt.-Ges. (Bia) in Ras-
tatt: Die Gesellschaft ist
durch Beschluß der Ge-
neralversammlung vom
16. Mai 1927 aufgelöst.
Liquidatoren sind: Direk-
tor Albert Hurrele in Ras-
tatt, Direktor Hermann
Lautenbacher in Karlsruhe
und Kaufmann Lubbar-
tus Baumann in Haag.
Zur Vertretung der Ge-

ellschaft sind zwei Li-
quidatoren gemeinschaftlich
berechtigt.
Rastatt, 30. 6. 1927.
Amtsgericht Rastatt.

Schopfheim. 2.45
Handelsregister eintrag
A D.-Z. 52 zur Firma
„G. A. Heßlin in Schopf-
heim“: Die Procura des
Wilhelm Otte ist erlo-
schen.
Schopfheim, 4. 7. 1927.
Badisches Amtsgericht.

Schönan i. B. 2.57
In das Handelsregister
B Band I D.-Z. 23 wurde
heute eingetragen:
Rappenfabrik Auenbach,
Gesellschaft mit beschränk-
ter Haftung in Auenbach.
Gegenstand des Unterneh-
mens ist die Herstellung
und Verarbeitung, sowie
Verwertung von Rappen
und Papier aller Art.
Stammkapital: 20 000 M.
Zum Geschäftsführer ist
Karl Disinger, Bankdi-
rektor in Freiburg i. Br.
bestellt. Gesellschaftsver-
trag vom 23. April 1927.
Die Gesellschaft wird ver-
treten durch einen oder
mehrere Geschäftsführer.
Sind mehrere Geschäftsführer
vorhanden, so wird
die Gesellschaft vertreten

durch zwei Geschäftsfüh-
rer. Sind zwei oder meh-
rere Geschäftsführer be-
stimmt, so kann auch dem
einen oder anderen von
selben das Recht der Al-
leinvertretung von der
Gesellschaftsversammlung
verliehen werden. Dem
Bankdirektor Disinger
ist das Recht der Allein-
vertretung verliehen, auch
wenn zwei oder mehr Ge-
schäftsführer bestellt sind.
Die Bekanntmachungen
der Gesellschaft erfolgen
nur durch den Deutschen
Reichsanzeiger.
Schönan i. B., 1. 7. 27.
Badisches Amtsgericht.

Triberg. 2.87
Handelsregister eintrag
A Bd. II D.-Z. 59 —
Metallwarenfabrik Walter
Krieger, Triberg —: „Die
Firma ist erloschen“.
Triberg, 1. 7. 1927.
Amtsgericht.

Waldshut. 2.71
Handelsregister eintrag
zur Firma „Emil Maier,
Sägewerk, Gurtweil“:
Emil Maier, Sägewerks-
besitzer in Gurtweil, ist
nunmehr alleiniger Inha-
ber der Firma.
Waldshut, 28. 6. 1927.
Badisches Amtsgericht

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, unseren geliebten Vater, Schwieger-
vater und Großvater

Seine Exzellenz den hochgeborenen
Herrn Grafen

Siegmund von Berckheim

Wirkl. Geheimen Rat, Großherzogl. Bad. Kammerherrn und Gesandten a. D.
im 77. Lebensjahr nach langem Leiden zu sich in die Ewigkeit abzurufen.

- Philipp Graf von Berckheim
- Margarethe Gräfin von Oberndorff
geb. Freiin von Berckheim
- Irene Gräfin von Berckheim
geb. Gräfin Schönborn-Wiesentheid
- Friedrich Graf von Oberndorff
und 6 Enkelkinder.

WEINHEIM a. d. Bergstr. (Baden), den 8. Juli 1927.

Die Beisetzung fand am SONNTAG, den 10. Juli um 5^{1/2} Uhr nachm. auf Wunsch
des Verstorbenen in aller Stille in der Familiengruft zu Weinheim statt.

Bruch-Heilung

ohne Operation, ohne Berufsstörung!
Öffentliche Dankgebungen dortiger Gegend:
Dem „Hermes“ Ärztlichem Institut für ortho-
pädische Bruchbehandlung, Hamburg, bestätige ich,
daß mein Bruchleiden durch Ihre Methode vollständig
geheilt ist. Ich kann jetzt jede Arbeit ohne Beschwerden
verrichten. Philipp Schuler, Sulgen bei Schramberg,
22. Jan. 1927. Mein Bruch ist also soweit geheilt. Ich
hätte es nicht für möglich gehalten, daß solches Leiden
so heilen wäre und muß es mit Dank anerkennen.
Habe Ihnen auch einen neuen Kunden, der Heilung
suchte, zugesandt. Karl Wehete, Weinsau, 5. Dez. 1926

Aber 160 amtlich beglaubigte Zeugnisse Geheilter liegen
vor der Sprechstunde aus.
Sprechstunde unfers approbierter, speziell ausgebildeter
Vertrauensärzte in:
Karlsruhe: Hotel Lut:
Freitag, den 15. Juli, nachmittags von 2^{1/2}—7^{1/2} Uhr,
Sonntags, den 16. Juni, von 9—11 Uhr und von 2—7^{1/2} Uhr.
Pforzheim: Hotel Haus:
Sonntag, den 17. Juli, vormittags von 9—2 Uhr,
„Hermes“ 2.543
Ärztliches Institut für orthopädische Bruchbe-
handlung, G. m. b. H., Samsburg, Esplanade 6.
[Dr. G. S. Meyer.]
Wir warnen vor Puschern, die uns nachzumachen versuchen,
ohne den Kernpunkt der Sache überhaupt zu kennen.

Operette im Konzerthaus

Morgen Dienstag, 12. Juli 1927, abends 7^{1/4} Uhr
zum letztenmale:
Die Teresina

Karten bei Müller, Kaiserstraße; Holzschuh, Werder-
straße; Brunner, Kaiserallee; Konzerthauskasse und
telephonisch (7260) zu Mark 1.50 bis 5.50.
Mittwoch: Gräfin Mariza.

**Freihändler
Ruhholz-Verkauf.**
Staats. Forstamt Billingen
(Baden), Dienstag, 19. Juli
1927, nachm. 5 Uhr, 1100 Fm.
Nadelstammholz in 22 Rufen.
Losverzeichnisse durch das
Forstamt (Fernruf 2148).

**Freihändler
Ruhholz-Verkauf.**
Bad. Forstamt Hartwangen,
Montag, den 26. Juli 1927:
Nichtentlangholz: 1030 Fm.;
Nichtentlangholz: 780 Fm.
Losverzeichnisse durch das
Forstamt. 2.89

Donaufschlingen. 2.88
Das Konkursverfahren
über das Vermögen der Fir-
ma Donau-Wren G. m. b. H.
in Donaueschingen wird nach
erfolgter Abhaltung des
Schlußtermins hierdurch
aufgehoben.
Donaueschingen, 27. 6. 1927.
Amtsgericht I.